

01.11.2013 - Greenpeace: In Haft wegen «Piraterie»

Arktis gefährdet durch Ölförderung und Rohstoffsuche

von Rolf Euler

Am 17. Oktober protestierten erneut tausende Menschen weltweit gegen die Inhaftierung von dreißig Greenpeace-Aktivisten in Russland. Die Lage für die Inhaftierten ist bedrohlich. Die Greenpeace-Aktivisten hatten am 18. September an der Priraslornaja-Plattform gegen Ölbohrungen des russischen Konzerns Gazprom in der Arktis protestiert. Die Plattform ist nach Aussagen von Greenpeace die erste in diesem Bereich der arktischen See und entspricht nicht den nötigen Vorkehrungen gegen Ölunfälle. Eine Havarie hätte schwerwiegende Folgen für das Leben im Meer.

Mit Schlauchbooten legten sie an der Plattform an. Die russische Küstenwache zwang sie mit Waffengewalt zum Abdrehen. Am Tag danach wurde das Greenpeace-Aktionsschiff Arctic Sunrise von der Küstenwache in internationalen Gewässern geentert. Der russische Geheimdienst FSB besetzte das Schiff und schleppte es ab. Das ist nach Auffassung der niederländischen Regierung, unter deren Flagge das Greenpeace-Schiff fährt, illegal. Die Regierung will vor dem Seegerichtshof gegen die Beschlagnahmung des Schiffes klagen.

Das Schiff wurde nach Murmansk geschleppt, alle an Bord befindlichen dreißig Besatzungsmitglieder, Journalisten und Aktivisten, wurden in U-Haft genommen. Sie sollen vorerst zwei Monate in Haft bleiben, die Anklagebehörde will weiter ermitteln. Die Anklage lautet auf bandenmäßige Piraterie. Bei einer Verurteilung drohen den Umweltschützern mindestens zehn Jahre Haft. Das Gericht in Murmansk hat bisher alle Anträge abgelehnt, die betroffenen Umweltschützer gegen Kautionsfreizulassung.

Greenpeace und viele andere Menschen protestierten immer wieder gegen die Inhaftierung und für die Freilassung. Es gab fantasiereiche Aktionen wie beim Champions-League-Spiel FC Basel gegen Schalke 04 (Hauptsponsor Gazprom), vor Botschaften und Konsulaten. Präsident Putin war Adressat mehrerer Protestschreiben und Telefonate, unter anderem von Angela Merkel. Die Anklage wegen Piraterie sei nach der friedlichen Protestaktion völlig an den Haaren herbeigezogen.

Greenpeace ging es darum, für den Schutz der Arktis und gegen die Bedrohung von deren empfindlichem Ökosystem durch Ölunfälle zu demonstrieren und Bewusstsein

dafür zu wecken, dass der Run auf die Bodenschätze unter dem Meer bzw. unter dem Eis begonnen hat und welche großen Gefahren dadurch drohen.

Ran an die Bodenschätze

Der Klimawandel hat dazu geführt, dass das Nordpolareis im Sommer dünner und kleiner wird. Die Anrainerstaaten erhoffen sich dadurch leichteren Zugang zu den erwarteten großen Mengen an Gas, Öl und Mangan am Meeresboden. Die traditionelle Art der Ölbohrung mit Plattformen wie der russischen Priraslornaja birgt große Risiken, wie der Unfall im Golf von Mexiko 2010 bewiesen hat. Im kalten und stürmischen Eismeer wären solche Unfälle noch viel weniger beherrschbar.

Im Nordmeer gibt es keine Schutzzone gegen den Abbau von Bodenschätzen wie in der Antarktis. Für den Bereich des Südpols haben sich die Staaten auf ein Schutzabkommen geeinigt. Aber im Bereich des Nordpols, wo das Eis nur auf dem Meer, nicht auf einer Landmasse liegt (außer Grönland), gibt es nur die jeweiligen nationalen Interessen, und die werden so gezogen, dass die jeweiligen Grenzen an Land verlängert werden. Norwegen, Dänemark (Grönland), Russland, Kanada, Island und die USA konkurrieren hier, wobei wirtschaftliche und militärische Interessen gleichermaßen eine Rolle spielen. Ob die Zonen der jeweiligen Staaten über die international übliche Grenze von 200 Seemeilen hinaus für das gesamte Polargebiet bis zum Nordpol gelten sollen, ist umstritten. In den jeweiligen Einflussbereichen würden vor allem Bodenschätze gefördert.

Vor Jahrzehnten tauchte erstmals ein Atom-U-Boot der USA unter dem Polareis durch, um militärische Präsenz zu zeigen. Die technischen und militärischen Fähigkeiten haben sich seitdem erheblich gesteigert. Man versucht, automatische Bohreinrichtungen auf dem Meeresgrund unter dem Eis zu verankern. Roboter sollen dort die Bedienung und Wartung übernehmen. Die Infrastruktur hierfür – von der Bohrung, Bohrlochabdichtung, den Förderanlagen mit Kompressoren bis hin zur Fernleitung aufs Land – wird in Norwegen entwickelt. Die technischen Anforderungen sind gewaltig, weil Druck, Temperatur und Entfernung eine große Rolle spielen. Norwegen plant die erste komplett unter Wasser befindliche Förderanlage für 2020.

Über die mangelnde Sicherheit solcher unerprobter Unterwassertechnik zur Förderung von Öl kann nur spekuliert werden. Zumal wenn der Winter die Zugänglichkeit von Unterwasserförderstellen verhindert und bei Unfällen die Verseuchung monatelang nicht behoben werden kann. Was passiert wirklich tausend Meter unter dem Eis und hunderte

Kilometer vom Land entfernt? Wer garantiert und versichert solche Bohrungen?

Auch die Gasausbeute selbst ist ein Problem. Methan liegt im Meeresboden in vereister Form vor. Sollte es aufgrund von Erwärmung oder Problemen bei der Förderung zu Gasausbrüchen kommen, wäre die Stabilität des Meeresbodens gefährdet, Leitungen und Maschinen würden womöglich zerstört und Öl würde unkontrollierbar austreten.

Der Protest von Greenpeace kann nur ein Auftakt zu mehr Aufklärung und Protest sein, denn die Risiken bei der Ausbeutung immer tiefer liegender Bodenschätze steigen. Die Planungen gewähren der Menschheit nur einen kurzen, teuren und gefährlichen weiteren Schritt auf dem Wege in die fossile Vergangenheit ? die Zukunft kann der Ölabbau nicht gestalten. Aber er verspricht den Konzernen erneut riesige Profite auf Kosten der Umwelt.